POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE FEBRUAR 2023 | 19. JAHRGANG



Der Krieg muss sofort beendet werden, Russland muss die Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Die Ukraine hat das Recht auf Selbstverteidigung gegen den Angriff Russlands. Aber mehr Waffenlieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen – das geht nur mit Verhandlungen und Diplomatie. Stattdessen steigt die Gefahr, dass der Krieg eskaliert und sich weiter hinzieht: Mit immer mehr Toten und mit immer mehr Verwüstung. Für die Menschen bedeutet das: unendliches Leid. Wenn auch der größte Panzer der Welt nicht zum Sieg der Ukraine führt, was wird als Nächstes gefordert? Kampfjets? Soldat:innen? Wir sagen: Raus aus der Eskalation! Mehr Waffen schaffen keinen Frieden. Stattdessen müssen die Kriegsparteien zu Verhandlungen gedrängt werden. SEITE 2



Ein stärkerer Klimaschutz ist notwendig

Trotz der anhaltend hohen Energiepreise und der Sparbemühungen hat Deutschland 2022 wohl erneut seine selbstgesteckten Klimaziele verfehlt. DIE LINKE wird weiter für den Erhalt des Potsdamer Staudenhofs kämpfen. Denn dafür gibt es gute Gründe: Für echten Klimaschutz ist u. a. eine Bauwende nötig.
SEITE 3



Hier melden sich unsere Landtagsabgeordneten

Der Klimawandel bedroht auch die Parks in unserer Stadt, meint Isabelle Vandre. Die seit 2018 in jedem Sommer auftretende Dürre trocknet die Böden aus. Marlen Block setzt sich mit populistischen Antworten des CDU- Innenministers Stübgen auf dringende gesellschaftliche Aufgaben auseinander.
SEITE 6



Anwohnerversammlung zum Flüchtlingsheim in Fahrland

2.000 Flüchtlinge muss Potsdam 2023 voraussichtlich aufnehmen. Eine Gemeinschaftsunterkunft für 80 Bewohner:innen soll in eingeschossiger Container-Bauweise auf der Fläche in Fahrland entstehen. U.a. darüber informierte die Stadt auf einer Bürgerversammlung.
SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial. DIE LINKE.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Themen: Wir informieren über die Stadtverordnetenversammlung vom 25. Januar 2023. Weiter lesen Sie Wissenswertes über das Sonderbauprogramm der PRO Potsdam, über den Bau von Schulen, über die aktuelle Situation um die Josephinen-Wohnanlage und über den Abriss des Staudenhofs.
SEITEN I – IV



Raus aus dem militärischen Tunnelblick

Kommentar zur Debatte um die Lieferungen des Leopard 2 – von Martin Schirdewan, Parteivorsitzender DIE LINKE

Die bisherige Strategie der Bundesregierung, um Putin an den Verhandlungstisch zu zwingen, folgt einem militaristischen Tunnelblick. Das Ergebnis ist ein politischer Totalausfall. Statt Scharfstellung der Sanktionen gegen Putins Oligarchen und diplomatischen Initiativen mit der EU, um über Länder wie Indien und China den Druck auf Putin zu erhöhen, entsendet man immer mehr Offensivwaffen. Das erhöht die Gefahr einer weiteren internationalen Eskalation und setzt auf einen langen Abnutzungskrieg, von dem vor allem die Rüstungskonzerne profitieren. Je länger sich dieser Krieg noch hinzieht, desto höher werden seine schrecklichen menschlichen und gesellschaftlichen Kosten für die Ukraine und in Europa.

Nach dem Marder scheint vor dem Leopard 2 zu sein. Wenn man sich das Säbelrasseln einiger Politiker anschaut, muss man befürchten, dass es nicht lange dauert und wir über Kampfhubschrauber und die Entsendung von Soldaten streiten werden. Ich bin sehr besorgt über die aktuelle Debatte und frage mich, wo das hinführen soll.

Dieser verbrecherische Krieg Russlands gegen die Ukraine muss beendet werden. Aber es ist bestürzend, dass es schon wieder nur die Forderung nach noch mehr und noch schwereren Waffen ist, die die Diskussion in unserem Land beherrscht. Ich würde mir wünschen, dass mit diesem Engagement endlich einmal die Möglichkeiten für diplomatische Initiativen und zielgerichtete Sanktionen diskutiert würden.

Diplomatie statt Rüstungsgeschäfte!

- **DIE LINKE** fordert die Bundesregierung auf, keine Leopard 2-Panzer und keine schweren Waffen in die Ukraine zu liefern
- EU und Bundesregierung müssen diplomatische Initiativen starten, um aus der Logik von Krieg und Eskalation auszubrechen
- Waffenstillstandsverhandlungen müssen unter dem Dach der Vereinten Nationen beginnen.
- Alle Seiten müssen garantieren, dass sie keine Atomwaffen einsetzen werden. Deutschland muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten.
- Humanitäre Hilfe für die Ukraine. Die Schulden müssen entlassen werden.
- Schnelle Hilfe für alle Geflüchteten. Kriegsdienstverweigerer aus Russland und der Ukraine müssen Asyl bekommen.
- Die Rüstungskonzerne machen Extraprofite mit dem Krieg. Diese Profite müssen mit einer Übergewinnsteuer belegt werden!
- Die EU muss ein Vermögensregister einführen, um Geldwäsche und Vermögen der russischen Oligarchen besser anzugreifen.
- Militarisierung stoppen! Der Ukrainekrieg wurde bereits genutzt, um die Bundeswehr mit 100 Mrd. Euro aufzurüsten. Jetzt beginnt das Jammern über die angeblich „kaputtgesparte“ Bundeswehr erneut und im Gespräch sind 300 Mrd. fürs Militär. Was für ein Wahnsinn! An die kaputtgesparten Kliniken und die maroden Schulen denkt die Bundesregierung stattdessen nicht.

DIE LINKE steht gegen Eskalation, Waffenlieferungen und Aufrüstung - für Frieden und Völkerrecht. Lasst und gemeinsam stark machen für Verhandlung, Abrüstung und Entspannungspolitik! www.die-linke.de/mitmachen

Impressum

HERAUSGEBER
„medienPUNKTpotsdam“ – DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Potsdam.
REDAKTION
Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe
AUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion
Die nächste PaS erscheint am 02. März 2023

LAYOUT
Sophie Sumburane
TELEFON der Redaktion
0176 / 327 93 65 9
E-MAIL
info@medienpunktpotsdam.de
BANKVERBINDUNG
Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00
BILDAUTOR:INNEN
Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht – Redaktion/Archiv
DRUCK
Nordkurier Druck GmbH & Co. KG



Da helfen auch keine GRÜNEN – Deutschland verfehlt Klimaziel

Trotz der anhaltend hohen Energiepreise und der damit einhergehenden Sparbemühungen hat Deutschland 2022 wohl erneut seine selbstgesteckten Klimaziele verfehlt. Das geht aus einer Auswertung vorläufiger Zahlen des Thinktanks Agora Energiewende hervor. Bereits im Herbst hatte der Expert:innenrat der Bundesregierung davor gewarnt, dass auch die Erreichung der Klimaziele bis zum Jahr 2030 in Gefahr sei, wenn nicht endlich schneller gehandelt werde.

Insbesondere im Verkehrssektor sehen Expert:innen großes Einsparpotenzial. Doch passieren würde zu wenig. So lehnt die Bundesregierung ein Tempolimit, wie es immer wieder gefordert wird, ab. Dabei ergab eine Studie des Umweltbundesamtes jüngst, dass das Einsparpotenzial des Tempolimits höher sei als bisher erwartet. Statt 2,6 Millionen Tonnen könnte Tempo 120 auf Autobahnen bis zu 6,7 Millionen Tonnen CO2 einsparen. So kommentierte auch Michael Müller-Görnert vom Verkehrsclub VCD, dass es nun keine Ausreden mehr geben dürfe. Ein Tempolimit sei unverzichtbar, um die Klimaziele im Verkehrssektor zu erreichen.

Ein weiterer Knackpunkt, der dem Erreichen der Klimaziele im Weg steht, ist die anhaltende Verstromung von Kohle. Anfang Januar entzündete sich der Streit erneut um das kleine Dörfchen Lützerath, dass von der Polizei geräumt wurde und nun der Kohle zum Opfer fallen soll. Tausende hatten in den ersten Januarwochen dagegen protestiert. Auch Janine Wissler, Parteivorsitzende der LINKEN, war als parlamentarische Beobachterin dabei. Sie solidarisierte sich vor Ort mit den Protesten: „Wir stehen an Eurer Seite, weil die Klimapolitik der Ampel eben nicht dazu geeignet ist, die Klimaschutzziele einzuhalten. Ganz im Gegenteil: Hier in Lützerath werden die Gewinninteressen von RWE vor die Klimaschutzziele gestellt. Das nehmen wir nicht hin.“

Die Klimapolitik der Bundesregierung erinnert immer wieder an die Rituale der römisch-katholischen Kirche: Regelmäßig wird die Wichtigkeit konsequenten Klimaschutzes gepredigt, sich dann trotzdem am Klima versündigt, um anschließend öffentlich Abbitte zu leisten und erneut Klimaschutzpredigten zu halten. Mit dem Emissionshandel wurde sogar die alte Form des Ablasshandels für die Industrie reaktiviert. Kein Wunder also, dass Klimaschützer:innen zu immer radikaleren Mitteln greifen. Sicherlich lässt sich über die Art und Weise manchmal streiten und auch kritisch diskutieren, ob das Festkleben der eigenen Hände an Asphaltdecken ein probates Mittel ist, um die größten Klimasünder zu treffen oder die Bundesregierung zum Handeln zu bewegen. Notwendig ist stärkerer Klimaschutz allemal.

Vorrang für Sanierung: Staudenhofabriss bleibt weiterhin Unsinn

Trotz aller Bemühungen, Appelle und gegenteiliger Studien, konnten sich die Abrissbefürworter:innen Ende Januar erneut in der Stadtverordnetenversammlung durchsetzen. Die Phalanx aus Bürgerlichen, GRÜNEN und Sozialdemokraten will nun endlich Nägel mit Köpfen machen und eines der letzten Zeugnisse der Ostmoderne in Potsdams Innenstadt abreißen. DIE LINKE wird weiter für den Erhalt des Staudenhofs kämpfen. Denn dafür gibt es gute Gründe:



1. Für echten Klimaschutz ist eine Bauwende nötig. Die Baubranche ist einer der größten Ressourcenverbraucher sowie Treibhausgas- und Müllproduzenten. Ein Neubau würde im Gegensatz zu einer Sanierung zu immensen CO2-Emissionen führen und zusätzlich knappe Ressourcen und Energie verbrauchen.

2. In Potsdam wird jeder bestehende Wohnraum dringend gebraucht. Es ist völlig unklar, wo die jetzigen Bewohner:innen des Staudenhofs untergebracht werden sollen. Nach Vorstellungen der Stadtspitze soll der Abriss bereits in diesem Jahr erfolgen, ein Neubau aber erst 2027 beginnen. Über Jahre wäre damit eine wertvolle Fläche für die Wohnraumversorgung verloren.

3. Die Finanzierung des Neubauprojektes ist keineswegs gesichert. Seitens des Landes gibt es bisher nur Förderzusagen für den Abriss. Ob die Kalkulation, die davon ausgeht, dass ein Neubau für die Stadt am Ende günstiger sei als Sanierung, aufgeht, ist damit weiter ungewiss. Zumal ein neueres Gutachten erhebliche Zweifel an der Kalkulation der Stadt aufkommen lässt.

Der Reichstag brannte

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933, vor 90 Jahren, brannte in Berlin der Reichstag. Mitten in der Nacht stand das Gebäude plötzlich in Flammen. Schnell war klar, dass eine Brandstiftung die Ursache war. Und noch am selben Abend stellte sich der Niederländer Marinus van der Lubbe der Polizei und sagte, dass er allein verantwortlich für den Brand gewesen sei.

Die Nationalsozialisten behaupteten jedoch, dass die Kommunisten den Brand gelegt hätten. Sie wollten ihre Gegner einschüchtern und mundtot machen und da kam ihnen der Reichstagsbrand sehr gelegen. Bereits am nächsten Tag, dem 28. Februar 1933, erließ der Reichspräsident auf Empfehlung der Regierung die sogenannte „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ (sie wurde auch „Reichstagsbrandverordnung“ genannt).

Diese Verordnung setzte die politischen Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft. Daraufhin wurden tausende von Gegnern der NSDAP verhaftet und in Konzentrationslager verschleppt. Das war gleichzeitig das Ende der Weimarer Republik.

Später wurden als „Brandstifter“ neben Lubbe noch der frühere Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion Ernst Torgeler sowie die drei bulgarischen Kommunisten Georgi Dimitrow, Blagoi Popow und Wassil Tanew angeklagt. Mit ihrer Verurteilung sollte der juristische Nachweis erbracht werden, dass tatsächlich „die Kommunisten“ für den Reichstagsbrand verantwortlich waren. Doch insbesondere dem Auftreten Dimitrows vor dem Reichsgericht war es zu verdanken, dass dieses Vorhaben kläglich scheiterte: Torgeler, Dimitrow und die beiden anderen Bulgaren mussten freigesprochen werden, van der Lubbe allerdings wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Bernd Martin



REICHSTATGSBRAND
FOTO: BUNDESARCHIV

Historisches Kalenderblatt 01.02.1934: John Schehr und Genossen am Berliner Kilometerberg ermordet



Nachdem Ernst Thälmann im März 1933 nach der letzten Tagung des Parteivorstandes in Ziegenhals verhaftet worden war, übertrug die Kommunistische Internationale den Vorsitz der KPD an John Schehr (FOTO). Er war ein enger Weggefährte Thälmanns, seit 1929 Mitglied des ZK der KPD und Abgeordneter des Reichstages und des Preußischen Landtages. Schon im November 1932 war Schehr kurzzeitig verhaftet worden, seine Wohnung wurde durchsucht. Am 13. November 1933 wurde er erneut verhaftet und in das KZ Columbiahaus gebracht. Da die Gestapo wusste, dass Schehr ein hoher KPD-Funktionär war, versuchte sie Aussagen zu erpressen und folterten ihn auf schlimmste Weise. Er erlitt schwere Verbrennungen und das linke Auge soll ihm ausgeschlagen worden sein. Er blieb aber standhaft und erklärte, dass er über seine politische Arbeit und seine Mitstreitenden keine Aussagen zu machen habe.

In dieser Zeit des schärfsten Kampfes zwischen den nationalsozialistischen Machthabern und der KPD und anderen demokratischen Kräften spielte der Verrat des früheren KPD-Funktionärs Alfred Kattner eine besonders verhängnisvolle Rolle. Er war in der Zentrale der KPD im Karl-Liebknecht- Haus u.a. als persönlicher Mitarbeiter Ernst Thälmanns tätig gewesen und hatte Verbindungen zu den anderen führenden Köpfen der Partei. Er spielte der Gestapo Dokumente und persönliche Daten zu, die zu zahlreichen Verhaftungen führten. Sein Verrat war für die KPD existenzbedrohend. Im Auftrag des Abwehrapparates der KPD wurde Kattner am 1. Februar 1933 in Nowawes ermordet, was übrigens zu DDR-Zeiten verschwiegen wurde. Die Ermordung von mehreren KPD-Funktionären am Abend des gleichen Tages war zweifelsfrei ein Racheakt der Gestapo. John Schehr, Erich Steinfuhrt, Eugen Schönhaar und Rudolf Schwarz wurden in einem Auto Richtung Potsdam zum Kilometerberg (Schäferberg) gebracht und aus nächster Nähe „auf der Flucht erschossen“. Eine kleine Gedenkstätte mit Stelen in der Königstraße in Wannsee erinnert daran. Alljährlich findet an diesem Tag dort eine kleine Gedenkfeier statt. Der Dichter Erich Weinert verfasste 1934 dazu sein Gedicht „John Schehr und Genossen“, das in der DDR zum Schulstoff gehörte. Straßen, Einrichtungen und Gebäude wurden nach John Schehr benannt. 1954 wurden seine sterblichen Überreste in die Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde überführt. Seit 1992 gibt es am Reichstag eine Gedenktafel für den ermordeten Reichstagsabgeordneten John Schehr. Für die Ausführung des Mordes an den vier Kommunisten war als Leiter des Gestapo-Dezernats für die Überwachung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften der Berliner Polizeikommissar Bruno Sattler verantwortlich, der später u.a. Gestapochef von Belgrad wurde und an der Ermordung Tausender Juden beteiligt war. Nach dem Krieg tauchte er unter und wurde 1947 von einem Kommando des späteren MfS nach Ostberlin entführt. Vom Landgericht Greifswald wurde Sattler zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Seine Haftstrafe verbüßte er bis zu seinem Tod 1972 in der DDR.

Dr. Hans-Joachim Koch

RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam | Ausgabe Februar 2023

DIE PLATTE IST TOT – ES LEBE DIE PLATTE



Der Druck auf dem Potsdamer Wohnungsmarkt ist massiv und steigt immer weiter – vor allem bezahlbare Wohnungen sind de facto nicht mehr verfügbar. Wer eine hat, hält sie fest. Wer sie neu sucht, wird kaum fündig. Mit den Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine geflüchtet sind, sind viele weitere hinzugekommen, die dringend bezahlbaren Wohnraum benötigen. In 2023 werden erneut bis zu 2.000 Menschen erwartet.

Bereits im vergangenen Sommer begannen deshalb erste Überlegungen für ein Sonderbauprogramm der kommunalen PRO Potsdam, das so fast 1:1 aus dem Wahlprogramm der LINKEN übernommen sein könnte. Um möglichst zügig und preiswert bauen zu können, setzt das Programm auf die Nutzung und Verdichtung bereits bestehender Bauflächen, z.B. die Überbauung von Parkplätzen, Garagenkomplexen oder anderen bereits versiegelten Flächen. Damit wird wertvolles Grün, das Klima und die Lebensqualität geschützt. Am Stern beispielsweise wird das geplante Gebäude auf Stelzen über den Parkplatz gestellt – so dass die Stellflächen weitgehend erhalten bleiben.

In Fahrland wird eine Garagenfläche genutzt. Projekte sind an insgesamt 11 Standorten im gesamten Stadtgebiet geplant. Und aufgrund der Nutzung bereits umbauter Flächen und des seriellen Bauens mit vorgefertigten Bauteilen (früher nannten wir das „Plattenbau“), werden die Wohnungen vergleichsweise zügig zur Verfügung stehen. Die Wohnungen werden nicht als vorübergehende Unterkünfte für Geflüchtete errichtet, sondern dauerhaft als preiswerter Wohnraum für unterschiedliche Zielgruppen zur Verfügung stehen.

„Das Programm ist ein enormer Gewinn für die Stadt. Denn damit entsteht in kurzer Zeit eine große Zahl von Wohnungen – gezielt für die Menschen, die sie dringend brauchen, aber auch bezahlen können müssen.“, meint der Vorsitzende der Fraktion Sozial.DIE LINKE, Stefan Wollenberg. „Ich denke, ein solches Konzept wäre auch gut geeignet für die Sanierung des Staudenhofs und dessen Ergänzung mit weiterem bezahlbarem Wohnraum. Dazu möchte ich die PRO Potsdam sehr gern ermutigen.“

Mit auf den Weg...



2013 als Hilfe in der Not gestartet, wird der jährliche „Schloss-Taler“, den Potsdam in Höhe von immerhin einer Million Euro an die Schlösserstiftung zahlt, von dieser offenbar als Selbstverständlichkeit angesehen. Das muss verwundern – aus verschiedenen Gründen: Denn einen erheblichen Teil der Welterbeflächen bewirtschaftet die Landeshauptstadt bereits in eigener finanzieller und personeller Verantwortung, u.a. Wildpark, Kolonie Alexandrowka und Kapellenberg sowie Teile Sacrows. Für die Stiftung wiederum sind mit den Ländern Berlin und Brandenburg sicherlich deutlich potentere Geldgeber verantwortlich als die Landeshauptstadt. Das zeigt sich durchaus auch in den Mittelzuweisungen, die für den Pflegeaufwand mittlerweile von 40 auf 48 Mio. Euro jährlich gewachsen sind. Die Potsdamer Million ist also selbst unter Berücksichtigung der aktuellen Inflation mehr als kompensiert. Auch redet niemand über einen möglichen Eintritt in Charlottenburg oder Rheinsberg – nur Potsdam steht im Fokus. Und man muss wohl unterstellen: vor allem deshalb, weil hier am meisten zu holen ist. Im Einklang mit der Stiftungssatzung, die den freien Eintritt in die Parks festlegt, steht das nicht.

Natürlich sind die Schlösser und Parks ein großer Gewinn für die Stadt. Aber sie tut auch viel dafür: verlegt Strandbäder und hält Sichtachsen frei, leistet sich die teuersten Flutlichtmasten der Republik, betreibt Marketing und organisiert Touristenströme. Und hat immerhin nun schon fast 10 Jahre lang an der ursprünglichen Nothilfe festgehalten.

Gleichbehandlung mit allen anderen Parks – und weiter freier Eintritt für alle ist da nur recht und billig! Im Übrigen gewährten bereits die preußischen Monarchen ihren Untertanen freien Zugang zu ihren Parks. Daran muss sich auch die Schlösserstiftung messen lassen – heute und in Zukunft!

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Klimakrise begegnen – Abrisscheck einführen



Die Klimakrise schreitet voran. Das 1,5-Grad-Ziel ist kaum mehr erreichbar, darin sind sich die Klimawissenschaftler:innen einig. Da alle weiteren Erhöhungen die Klimakrise noch schneller voranschreiten lassen, müssen wir gegen jedes zehntel Grad mehr kämpfen – in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Der Klimakrise zu begegnen heißt somit nicht nur aus der fossilen Energieversorgung auszusteigen oder die zwingend notwendige Verkehrswende voran zu bringen, sondern es betrifft auch den Bausektor. Denn insgesamt 38% der weltweiten Treibhausgasemissionen werden durch den Gebäude- und Bausektor verursacht. Unter Wissenschaftler:innen, Architekt:innen und Stadtforscher:innen setzt sich aus diesem Grund verstärkt die Erkenntnis durch, mehr mit nachhaltigen Materialien zu bauen, weniger Flächen zu versiegeln und den Bestand zu erhalten bzw. zu ergänzen, statt abzureißen. Wir brauchen einen Vorrang von Sanierung, und zwar aus ökologischen wie sozialen Gründen. Aus diesem Grund beantragten wir im Januarplenum der SVV die Einführung eines Abrisschecks. Er soll Bewusstsein dafür schaffen, dass Abrisse endliche Ressourcen vernichten und in einer nachhaltigen Stadtpolitik vermieden werden sollten.

Iseballe Vandre

Fragen und Antworten

Öffnungszeiten des Volksparks verlängern

In einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (22/SVV/1221) erklärt die Verwaltung, dass es prinzipiell möglich sei, die Öffnungszeiten des Volksparks bis 01:00 Uhr zu verlängern. Aber, so erklärt sie weiter, dies würde die Gefahr von Vandalismus, Müll und Verschmutzung vergrößern. Der Volkspark ist auch eine Transitstrecke vom ÖPNV zum Wohngebiet im Bornstedter Feld. Darum fragte der Stadtverordnete Sascha Krämer, auf welchen Fakten die Annahme beruht, dass bei längeren Öffnungszeiten (einzelner Tore), die Gefahr von Vandalismus, Müll und Verschmutzung steige? Der Baubeigeordnete Bernd Rubelt erklärte, dass der Vandalismus im Volkspark erheblich gestiegen sei, besonders in den Zeiten des abnehmenden Lichtes, wenn die soziale Kontrolle nicht gegeben sei. Wenn die Stadt die Tore länger öffnen würde, dann würde dieser weiter steigen, so das Resümee der Verwaltung. Ein Gespräch zu einer möglichen Öffnung einzelner Tore – für besserer Querung auch des Nachtens – ist zeitnah geplant. Wir bleiben dran.

Kino Charlott

Das stadtteilprägende ehemalige Kino Charlott steht seit mehr als 20 Jahren leer und verfällt zusehends. Das denkmalwürdige Gebäude ist weiterhin nicht gegen den Verfall gesichert, obwohl die Stadt den Eigentümer bereits mehrfach dazu aufgefordert hat, Sicherungsmaßnahmen einzuleiten. Eine Bautätigkeit ist ebenfalls nicht erkennbar. Darum fragte die Stadtverordnete Dr. Anja Günther die Verwaltung, wie der Sicherungsplan zur Sanierung des Kino Charlott aussieht? Der Baubeigeordnete erläuterte, dass sie wissen, dass dort eine Einzelhandelsimmobilie geplant sei. Eine Baugenehmigung wurde nicht erteilt, es fehlen weiterhin Unterlagen seitens des Bauherrn. Die Stadt ist im Dialog. Doch, das Gebäude zerfällt zunehmend, sodass die Frage im Raum steht, was genau zur Sicherung des Gebäudes getan wird. Antwort der Verwaltung: Für die Sicherung ist nicht die Stadt verantwortlich, die beste Sicherung ist die Sanierung durch den Bauherrn. Rubelt geht davon aus, dass noch in diesem Jahr die Genehmigung erteilt werden könne. Auf die Frage, von Sascha Krämer, ob die Stadt sich das Gebäude auch für eine öffentliche Nutzung zurückholen könnte, antwortet die Verwaltung, dass solange das Baugenehmigungsverfahren läuft, es keine Grundlage für einen Eingriff in die Rechte des Bauherrn gibt.

Zeitverzug beim Umbau des Strandbades Babelsberg

Nach bisherigen Plänen sollte von Ende 2022 bis Oktober 2023 gebaut werden, um dann im November 2023 das neue Funktionsgebäude beziehen zu können. Anschließend war der Abriss der bisherigen Anlagen des Strandbades geplant, sodass das Gelände mit Beginn der Badesaison 2024 betriebsbereit gewesen wäre. Nach Informationen aus der Presse, ist dieser Zeitplan obsolet, mit einem Baubeginn sei frühestens im zweiten Quartal 2023 zu rechnen. Darum fragte der Stadtverordnete Sascha Krämer, wer die anfallenden Mehrkosten für den Bau finanzieren werde? Die Sportbeigeordnete Aubel erklärte, dass die Kosten für das Strandbad von den Stadtwerken vorfinanziert und dann über 17 Jahre lange von der Stadt refinanziert würde.

Überwiesen

Kiezbad Nord – es muss weitergehen

Auf Grundlage unseres 2019 gefassten Standortbeschlusses für ein Kiez-Schwimmbad Nord mit Frei- oder Strandbad wurde in Krampnitz im Bereich Uferpark Krampnitzsee eine geeignete Fläche identifiziert und dafür vorläufig gesichert. Der jüngste Sportentwicklungsbericht fasst seitens der Verwaltung erneut den unabdingbaren Bedarf einer weiteren Schwimmhalle für Potsdam zusammen: Bis 2035 brauchen wir weitere 700 Kurzbahnstunden – ein weiteres Kiezbad kann etwa 500 davon abdecken. Damit es mit dem Kiezbad Nord weitergehen kann, muss dieses jedoch verbindlich in die Planung aufgenommen und Haushaltsmittel dafür sukzessive bereitgestellt werden. Dies greift auch einen aktuellen erfolgreichen Antrag aus dem Bürgerhaushalt auf.

Aus diesem Grund stellen wir erneut einen Antrag, diesmal verbunden mit einem klaren Finanzierungs- und Planungsauftrag. Potsdam muss sich endlich zu seinem Kiezbad Nord bekennen und die verbindliche Bauleitplanung beginnen.

Mit dem Baufortschritt in Krampnitz muss parallel die Planung des Kiezbades laufen, damit wir mittelfristig mit dem Bau beginnen können - zumal der Bedarf mit steigender Einwohner:innenzahl immer mehr steigt und sonst auch die Abdeckung der pflichtigen Leistung des Schulschwimmens nicht mehr gewährleistet werden kann. Die Folge von zu wenig Bad-Kapazitäten wären immer mehr Nichtschwimmer:innen – was im wasserreichen Brandenburg Lebensgefahr bedeutet. Hinzu kommt die Vermeidung langer Wege im Sinne der Stadt der kurzen Wege – nicht nur für die Schulen, sondern auch für Vereine und Privatnutzer:innen. Auch das Problem massiv fehlender Sportflächen insbesondere im wachsenden Potsdamer Norden lässt sich damit abmildern.

Tauchen wir ein in neues Badewasser!

Tina Lange

Gute Bildung für alle – LINKE setzt weiter auf integrative Standorte



Der derzeit in der Entwicklung befindliche Schulstandort Waldstadt-Süd wird weiter als Gesamtschule geplant – nunmehr sogar als Schulzentrum mit integrierter Grundschule und Förderklassen am Standort. Zwischenzeitlich hatte die Verwaltung ins Gespräch gebracht, dort ein Gymnasium zu errichten, um die Kapazitäten entsprechend der Elternnachfrage anzupassen. Der dafür ursprünglich vorgesehene Standort am Schlaatz – derzeit befindet sich dort die Förderschule „Lernen“ - soll nunmehr eine weitere Grundschule aufnehmen. Der zusätzliche Bedarf an Grundschulplätzen soll so wohnortnah abgedeckt werden.

„Aus unserer Sicht ist das ein sehr gutes Ergebnis.“, kommentierte die neue Vorsitzende des Bildungsausschusses, Tina Lange (Sozial.DIE LINKE) die Vorschläge. „Es ist uns gelungen, nicht verschiedene Abschlüsse und Schulformen gegeneinander auszuspielen, sondern einen modernen, inklusiven Schulstandort zu sichern, an dem wohnortnah alle Schulabschlüsse unter einem Dach erworben werden können. Mit der Einrichtung von Förderklassen gehen wir außerdem einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Inklusion.“

Dass ein weiteres Gymnasium benötigt wird, ist unstrittig. Es steht bereits seit 2014 im Schulentwicklungsplan. Auf Anregung der Rathauskooperation sollen hierfür nun noch einmal zügig zwei Varianten alternativ geprüft werden, u.a. die Birnenplantage in Neu Fahrland und eine Lösung in der Waldstadt. Allerdings sieht die Fraktion nach wie vor auch weitere Hybrid-Züge an Gesamtschulstandorten als mögliche Entlastung. „Eltern wählen nämlich weniger Schulformen; sondern vor allem gute Schulen.“, so der Fraktionsvorsitzende Stefan Wollenberg.

Auf Vorschlag der Fraktion Sozial. DIE LINKE wird die Verwaltung die Eckpunkte der Lösung bereits im März der SVV zum Beschluss vorlegen. So kann ein zügiger Fortgang der nötigen Planungsprozesse gesichert werden. Denn wie immer, wenn es in Potsdam um neue Schulen geht, ist die Zeitplanung äußerst ehrgeizig.

Verbindungsweg in West bekommt Licht

Nachdem die Deutsche Bahn als Eigentümer des öffentlichen Verbindungswegs zwischen Zeppelinstraße und Schafgraben nicht beabsichtigt hier eine Beleuchtungsanlage zu errichten, bereitet Potsdam nun den Neubau einer „bedarfsorientierten Beleuchtung“ vor.

Da die Stadt diesen Weg ohnehin unterhält, sei die notwendige Verkehrssicherheit gegeben, heißt es aus dem Rathaus, auf eine entsprechende Anfrage der Stadtverordneten Isabel Vandre (Linke). Die Realisierung ist für 2023 vorgesehen.

Beschlossen

JobRad - Mit dem Rad zur Arbeit!

Es kann losgehen. Die Stadtverordneten haben die Verwaltung beauftragt, Möglichkeiten zur Einführung des Angebots „JobRad“ für die Mitarbeitenden der Landeshauptstadt Potsdam zu prüfen und zeitnah umzusetzen. JobRad funktioniert ähnlich wie das bekannte Dienstwagenleasing – nur mit Fahrrädern und E-Bikes statt Autos.

Gerade wurde die LHP mit dem Zertifikat „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ in Silber ausgezeichnet. Das Ziel der LHP sollte sein, mittelfristig die Zertifizierung in Gold zu erhalten. Das Angebot „JobRad“ kann als positiver Anreiz dabei helfen, den Radverkehrsanteil in der Stadtverwaltung weiter zu erhöhen und die Rahmenbedingungen für Rad fahrende Mitarbeiter*innen zu verbessern. Zusätzliche Vorteile: Durch fahrradfreundliche Maßnahmen steigen mehr Beschäftigte aufs Rad, damit wird dem Bewegungsmangel vorgebeugt. Außerdem haben Mitarbeiter:innen, die mit dem Fahrrad zur Arbeit kommen, ein Drittel weniger Krankheitstage. Sie sind zufriedener, ausgeglichener und produktiver. Darüber hinaus fördert Fahrradfreundlichkeit die Mitarbeiter:innenbindung und das Teamgefühl.

Unterstützung Blumenfee vom Luisenplatz

Dank unserer Fraktion wird das ehrenamtliche Engagement der Blumenfee auf dem Luisenplatz Potsdam mit Sachmitteln aus dem Budget der LHP unterstützt. Dass dies aber auch mit passgenauen Sachmitteln geschehen soll, machte Dr. Anja Günther in der Sitzung noch einmal deutlich.

Eleanora Terrelonge-Griffith de Franke, besser bekannt als „Blumenfee Ele vom Luisenplatz“ sorgt seit mittlerweile zehn Jahren dafür, dass der Luisenplatz in Potsdam aufblüht. Sie bepflanzt ehrenamtlich den Luisenplatz mit wunderbaren Blumenarrangements. Sie bezahlt sämtliche Investitionen aus eigener Tasche. Neben der täglichen Blumenpflege räumt sie auch Müll weg, den andere dort achtlos liegen lassen - und das alles in ihrer Freizeit.

Der Luisenplatz hat sich durch ihr Engagement zu einem Wohlfühlort und Anziehungspunkt für Potsdamer:innen und Tourist:innen entwickelt.

Städtische Dienstleistungen in Karstadt-Gebäude

Karstadt ist erneut in Schieflage. Wie kann man es attraktiver und einladener gestalten? Ein Vorschlag (von uns) ist es, städtische Dienstleistungen in das Gebäude zu integrieren. Die Verwaltung kommt zu den Bürger:innen.

Im letzten Hauptausschuss wurde beschlossen, dass die Verwaltung im Rahmen der Neuordnung der Verwaltungsstandorte Gespräche mit den Eigentümern des Karstadt-Kaufhauses (Stadtpalais) führen und prüfen soll, ob und wie bürgernahe städtische Dienstleistungen wie z.B. der Bürgerservice oder ein Familienbüro in das Gebäude zu integrieren seien. Ebenfalls zu prüfen ist die Integration sozialer Angebote Dritter, z.B. für Kinder und Jugendliche oder die zur Bereitstellung räumlicher Kapazitäten für weitere Akteure wie bspw. die Bürgerstiftung. Bei positivem Gesprächsverlauf ist ein Konzept zu erarbeiten und der SVV zur Beratung vorzulegen.

Neues aus der Josephinen-Wohnanlage – Kündigung des Pflegedienstes



Es sind nur noch einige wenige Senior:innen, die trotz der Massenkündigung der MK Kliniken im Winter 2021, nach wie vor in der Burgstraße ausharren. Nach dem Auszug fast aller ihrer Nachbar:innen und der Vermietung der Wohnungen als Ferienapartments auf einer Internetplattform folgte Mitte Januar nun der nächste Schock: Die Allgemeine Dienstleistungs Gesellschaft mbH (ADG) kündigte zum Ende des Monats ihre Pflegedienstleistungen. Damit stand die Versorgung der Bewohner:innen in Frage. Es ist offensichtlich, dass die MK Kliniken damit eine neue Eskalationsstufe einleiteten. Denn wie sonst ist es zu bewerten, dass ein zum Netz der MK Kliniken gehörendes Unternehmen seine Leistungen ausgerechnet in dem Moment kündigte, in dem die Umorganisation der Josephinen-Wohnanlage auf dem Weg zur Apartmentvermietung einen neuen Schub erfuhr? Die scheinbare Devise: Den Rentner:innen das Leben so schwer wie möglich machen. Das ist unmenschlich! Die Bewohner:innen, die sich allen Widrigkeiten zum Trotz noch nicht haben verdrängen lassen, brauchten daher die Unterstützung der Stadt, so die Auffassung der Fraktion Sozial. DIE LINKE. Aus diesem Grund habe ich sofort nach Bekanntwerden der Kündigung des Pflegedienstes für die Januar Sitzung der SVV eine Mündliche Anfrage eingereicht. Mit dieser wollten wir in Erfahrung bringen, welche Möglichkeiten der Oberbürgermeister sieht, um die nahtlose Versorgung der Bewohner:innen sicherzustellen. Glücklicherweise gelang der Durchbruch bereits vor der Stadtverordnetenversammlung Ende Februar: Die Bewohner:innen können künftig durch den Pflegedienst des Ernst von Bergmann Klinikums versorgt werden. Entsprechende Unterstützung wird ihnen angeboten. Als Fraktion kämpfen wir weiter für eine Unterbindung des Agierens der MK Kliniken und die Übertragung des Gebäudes der Burgstraße 6A in die öffentliche Hand. Nur so können wir demokratisch entscheiden, was mit dem Gebäude passiert und es als Wohnraum sichern. *Isabelle Vandre*

Martina Trauth herzlich verabschiedet



Nach 13 Jahren in der Funktion als Gleichstellungsbeauftragte hielt Martina Trauth am 25. Januar 2023 ihre letzte Rede in der Potsdamer SVV. Frau Trauth wechselt nach Schwerin. Dort wird sie ab 1. Februar 2023 das Amt der Beigeordneten für Jugend, Soziales und Gesundheit bekleiden. „Die 13 Jahren als Gleichstellungsbeauftragte waren für mich erfüllende und sinnbringende Jahre“, erklärte sie. Sie habe sich in der Verwaltung immer ernst genommen gefühlt in ihrer Funktion. „Das ist nicht selbstverständlich, aber wichtig für den Erfolg der Gleichstellungsarbeit.”

Unser Foto: Wir haben unsere Gleichstellungsbeauftragte Martina Trauth verabschiedet und wünschen ihr als Beigeordnete in Schwerin alles Gute.

Fraktion „Sozial. DIE LINKE“ übergab Weihnachtsspende an die Suppenküche

Seit vielen Jahren schon pflegt DIE LINKE. eine enge Partnerschaft mit der Suppenküche und unterstützt deren Arbeit mit Spenden. Die Fraktion „Sozial. DIE LINKE.“ wird an dieser Tradition selbstverständlich festhalten. Auch vor den Feiertagen 2022 übergaben Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg und Geschäftsführer Sascha Krämer deshalb einen Einkaufsgutschein in Höhe von 100,- Euro an das Team auf dem Gelände der Stadtverwaltung. Davon konnten Fleisch und andere teurere Lebensmittel eingekauft werden, die über Spenden nicht mehr reinkommen. So leistete die Fraktion auch in 2022 einen Beitrag, um den Gästen der Suppenküche das Fest etwas zu verschönern.

Termin für telefonische Bürgersprechstunde Januar

Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende

Dienstag, 21.02.2023,; 16 bis 18 Uhr

Telefon: 0173 6171150

Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender

Dienstag, 07.02., 15.00 – 17.00 Uhr, Donnerstag, 23.02., 16.00 – 18.00 Uhr

Tel.: 0172 / 514 38 25

Sascha Krämer
Fraktionsgeschäftsführer, ist täglich von 10.00 bis 15.00 telefonisch erreichbar. Stadthaus, R. 3.107, Friedrich-Ebert-Str. 79/81 in 14469 Potsdam

Tel.: 0331 289 3048

Fraktionssitzung

Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3: 6.2.; 13.2.; 20.2.; 27.2. jeweils 18 Uhr

Nächste SVV:

Mittwoch, 01. März 2023 ab 15 Uhr IHK Potsdam in der Breitenstraße

E-Mail

sozial.dielinke@rathaus.potsdam.de

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Sozial.DIE LINKE Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:
Sozial.DIE LINKE.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: Sozial.DIELINKE@Rathaus.Potsdam.de
Telefon: 0331/289 30 48
Fax: 331/289 31 19
Druck: Nordostdruck
V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

LINKE Vorsätze für 2023 – dieses Jahr wird nicht langweilig!

Es fällt schwer, mit voller Zuversicht in ein neues Jahr zu starten, wenn die Widrigkeiten der vergangenen Jahre noch so präsent sind: Noch immer tobt ein fürchterlicher Krieg in der Ukraine, nicht zu vergessen die vielen anderen Schauplätze von Tod und Zerstörung weltweit. Noch immer steigen die Preise auf lebensnotwendige Güter und staatliche Hilfen laufen ins Leere. Und auch wenn sich Corona mittlerweile als endemisches Phänomen darstellt und nicht mehr allzu sehr unseren Alltag bestimmt, steht unser Gesundheitssystem alles andere als auf sicheren Beinen: Kosteneffizienz vor nachhaltiger Gesundung, Zwei-Klassen-Medizin vor Solidarischer Krankenversicherung, Personalnot auf den Stationen und in der Pflege werden uns weiter begleiten, wenn es nicht gelingt, den Schalter umzulegen. Es wurden leider keine Lehren gezogen.

Und auch ein großer Teil der politisch Verantwortlichen unserer Stadt tut sich schwer im Lernen. Wie mannigfaltig die Proteste für den Erhalt des Staudenhofs auch sind, am Ende darf nicht sein, was sein könnte. Weder dem Klima noch einer architektonisch vielfältigen Innenstadt zuliebe soll das Gebäude am Alten Markt 10 erhalten werden. So wie die SPD sich nicht von den Appellen ihrer eigenen Jugendorganisation überzeugen lässt, laufen Professor Schellnhuber und Fridays for Future bei den Grünen ins Leere.

Und dennoch ist es gut, dass sich so viel in dieser Stadt bewegt, dass die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen, protestieren, Widerstand organisieren. Das gilt für die großen Fragen unserer Zeit wie Klimagerechtigkeit und Frieden genauso wie für jede noch so kleine lokalpolitische Entscheidung.

Als LINKE streiten wir auch in diesem Jahr gemeinsam mit den Einwohner:innen dieser Stadt für eine echte Teilhabe am politischen und sozialen Leben Potsdams. Wir stehen ein für günstige Mieten, sei es in der Stadtmitte oder in den akut von Gentrifizierung bedrohten Vierteln in der Brandenburger Vorstadt oder rund um den Bahnhof Medienstadt. Wir lassen internationale Solidarität praktisch werden, helfen vor Krieg, Gewalt und Armut Geflüchteten, ohne dass wir deren Interessen gegen die von alteingesessenen Potsdamer:innen ausspielen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss auch im öffentlichen Auftrag handeln. Städtische Unternehmen, sei es die Pro Potsdam oder die Stadtwerke, werden von uns immer wieder an ihren eigentlichen Auftrag im Sinne der Einwohner:innen dieser Stadt erinnert. Das Gleiche gilt für unser städtisches Klinikum, wo wir weiter auf die Umsetzung des angenommenen Bürgerbegehrens pochen werden und die Beschäftigten bei der aktuellen Tarifrunde unterstützen.

Als LINKE in Potsdam gibt es genug zu tun, sodass dieses Jahr eines mit Sicherheit nicht wird – langweilig!

Steffen Lehnert
Kreisgeschäftsführer
DIE LINKE Potsdam



Zum Subbotnik hatte der LINKE Ortsverband westliche Ortsteile am 14. Januar nach Golm gerufen. Der Platz an der Ecke Reiherweg/ Karl-Liebknecht-Straße sollte wieder so gestaltet werden, dass er im öffentlichen Raum als Gedenkort wahrgenommen wird. Denn lange Jahre stand der hiesige Gedenkstein, umgeben vom Hecken und Büschen, unbemerkt am Rande der Straßenkreuzung. Die Inschrift war verblichen; nur mit Mühe konnte man lesen, dass an diesem Ort am 31. Juli 1910 Karl Liebknecht zu den Werktätigen in Golm und Eiche über den Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht sprach. Der Subbotnik ist geglückt. Nun erstrahlt der Stein in neuem Glanz.

Luxemburg-Liebknecht-Ehrungen in Potsdam





Auf Einladung der LINKEN gedachten zahlreiche Potsdamer:innen am 15. Januar im Lustgarten der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. In den Reden von Roland Gehrmann (Kreisvorsitzender DIE LINKE) und Sigrid Müller (Fraktionsvorsitzende Sozial.DIE LINKE) wurde deutlich, dass ihr Kampf um Frieden und gegen Aufrüstung nichts an Aktualität verloren hat. Christian Raschke von der Geschichtswerkstatt Rotes Nowawes hob in seiner Ansprache die Wichtigkeit hervor, Potsdamer Gedenkorte zu erhalten und diese mit Leben zu füllen. Anschließend wurden auch am ehemaligen Parteilokal Glaser in der Hegelallee Blumen niedergelegt.

Klimawandel gefährdet Potsdamer Parks



„Die Parks sterben“, ließ Christoph Vogtherr, Direktor der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) gegenüber der Potsdamer Neuesten Nachrichten verlauten. Es waren dramatische Worte, die er im vergangenen Herbst zur Beschreibung der Situation der Parkanlagen wählte. Dramatisch ist die Lage in der Tat. Der Klimawandel bedroht die Parks. Die seit 2018 in jedem Sommer auftretende Dürre trocknet die Böden aus und hat bereits zahlreiche Bäume niedergestreckt. Ist ein Baum vertrocknet und muss entnommen werden, hat das meist eine Kettenreaktion zur Folge: Die umstehenden Pflanzen werden nicht mehr von den schattenspendenden Bäumen geschützt und sie vertrocknen ebenfalls. Damit greift die Dürre immer weiter um sich. Um den Klimaschutz in den Städten und Kommunen auszuweiten und Klimaanpassungen vorzunehmen, hat der Bund 2020 ein eigenes Förderprogramm aufgelegt. Bereits 2021 erhielt die SPSG erstmals 2,5 Millionen Euro aus diesem. Verwendet werden die Mittel zur Instandsetzung des Wasserleitsystems im Park Sanssouci, sowie zur Etablierung moderner Bewässerungsmethoden inklusive Monitoring mit Sensoren. Auch die Grundfinanzierung durch den Bund und die Länder Berlin und Brandenburg wurde für 2023 bis 2026 um acht Millonen Euro auf 48 Millonen Euro erhöht. Begründet wurde auch dieser Aufwuchs unter anderem mit notwendigen Klimaanpassungsmaßnahmen. Darüber hinaus plant die Stiftung die Etablierung eigener Baumschulen, um Pflanzen bereits unter den jeweiligen Konditionen an den Standorten zu züchten. Diese Maßnahmen sind sehr sinnvoll. Doch werden sie ausreichen? Ich glaube, es bedarf eines größeren Umdenkens. Es wird nicht ausreichen primär auf das Wasserverteilsystem zu schauen. Wir müssen den Verbrauch senken. Schließlich bekommt die SPSG einen Teil des Wassers aus der Havel, aus der eine Entnahme in den letzten Sommern immer wieder untersagt werden musste. In Konsequenz werden wir über die Anpflanzung robusterer und widerstandsfähigerer Bäume, Sträucher und anderer Pflanzen nachdenken müssen – selbst wenn sie nicht bereits durch Lenné oder Fürst Pückler in der Gartengestaltung verwendet wurden.

Isabelle Vandre (MdL)



Repression, Kriminalisierung und Ausweitung polizeilicher Befugnisse

Populistische Antworten des CDU- Innenministers auf dringende gesellschaftliche Aufgaben

Auf jede gesellschaftliche und politische Herausforderung, ob häusliche Gewalt oder Klimaproteste, gibt es vom Innenminister Stübgen und der CDU nur die Antwort: mehr Befugnisse und mehr Repression. Im Zuge der Debatten um die Proteste der letzten Generation, forderte Stübgen sofort eine Ausweitung des Präventivgewahrsams nach bayrischem Vorbild. Eine tage- oder wochenlange Inhaftierung ohne gerichtliches Verfahren, eingeführt dereinst vor allem um Terrorismus oder Gewalttaten kurzfristig verhindern zu können. Der friedliche Protest der Klimaaktivist*innen ist nun vielleicht störend aber keineswegs gewaltvoll oder bedrohlich. Im Gegenteil: Die dringenden Forderungen sind angesichts der drohenden Klimakatastrophe berechtigt. Das Bundesverfassungsgericht hat den effektiven Klimaschutz jüngst als grundgesetzliche Pflicht benannt. Das Versagen der CDU auf Bundesebene, die in 16 Regierungsjahren nichts dazu beigetragen hat, um dieser Pflicht nachzukommen, soll nun durch Kriminalisierung derer, die der Politik den Spiegel vorhalten, verschleiert werden. Wir lehnen diese Kriminalisierung ab und fordern im Landtag eine wirksame und soziale Klimapolitik, die den Namen auch verdient. Hier nehmen wir auch die GRÜNEN, als Koalitionspartner in die Pflicht, dem Innenminister Einhalt zu gebieten.

An einer Stelle konnte man nun bereits erste Stopp-Zeichen aus den Reihen der GRÜNEN vernehmen. Der Innenminister hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem er häusliche Gewalt durch Ausweitung polizeilicher Befugnisse und Einschränkung von strafprozessualen Rechten bekämpfen möchte. Er plant den Einsatz von Bodycams, Fußfesseln für „Gefährder“ und möchte sogar Notärzt*innen von der ärztlichen Schweigepflicht ausnehmen. Das ist rechtlich unzulässig, entmündigt aber vor allem die Betroffenen und stellt damit die Strafverfolgungsinteressen des Staates über die Rechte der Frauen. Schlimmer noch, er vereitelt die Möglichkeit, dass Frauen auch anonym bei Ärzt*innen Hilfe suchen können. Wir brauchen keine lauten Rufe nach mehr Befugnissen, wir brauchen Debatten über die gesellschaftlichen Gründe, weshalb vor allem Frauen Opfer männlicher Gewalt werden. Wir brauchen Frauenhäuser, Beratungsstellen, Ärzt:innen und ja im Notfall der akuten Bedrohung auch die Hilfe der Polizei, die aber bereits alle notwendigen Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr hat.

DIE LINKE lehnt den Entwurf des Innenministeriums für ein Gesetz zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ab. Nach den leidvollen Debatten auch innerhalb der LINKEN zum Polizeigesetz in der letzten Legislatur, schauen wir besonders gespannt auf diese anstehenden Debatte, gerade in der Frage wie die Grünen hier agieren werden, ob Sie mit uns streiten oder die bisherige Ablehnung den Koalitionszwängen geopfert wird.

Marlen Block (MdL)



DIE LINKE: Nach 40 Berufsjahren abschlagsfrei in Rente

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) kritisiert, dass viele Beschäftigte nicht bis zum Erreichen der regulären Altersgrenze arbeiten. Er hat angeregt, dem zunehmenden Fachkräftemangel dadurch entgegenzuwirken, dass der Anteil der älteren Arbeitnehmer:innen gesteigert wird, „die wirklich bis zum Renteneintrittsalter arbeiten können".

Matthias W. Birkwald, renten- und alterssicherungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, dazu: „Mit mehr alters- und alternsgerechten Arbeitsplätzen würde es sicher besser gelingen, Menschen zu motivieren, bis zu ihrer persönlichen Regelaltersgrenze zu arbeiten. Hier handelt es sich um eine Bringschuld der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Kürzere Arbeitszeiten und deutlich höhere Löhne würden dabei sicherlich ebenfalls helfen. Mehr Zuckerbrot in Form finanzieller Anreize, die Regelaltersgrenze zu erreichen, wäre in jedem Fall besser als die Peitsche höherer Abschläge, also Rentenkürzungen, bei vorgezogenem Rentenbezug. Finanzielle Anreize: ja, noch höhere Abschläge: nein.

Darum fordert DIE LINKE, dass Menschen mit 40 Beitragsjahren abschlagsfrei ab 60 in Rente gehen können müssen. Genug ist Genug."

Fahrland bekommt temporäre Flüchtlingsunterkunft



In Fahrland werden derzeit auf 2 Jahre befristete Container für 80 Flüchtlinge auf der für die Schulerweiterung notwendigen Fläche gebaut. Leider versäumte es die Stadt trotz mehrfacher Bitten des Ortsvorstehers Stefan Matz die Anwohnenden sowie Vereine und Träger Sozialer Infrastruktur vor Baubeginn zu informieren, sodass es wilde Spekulationen und viel Frust vor Ort gab. Eine erste Infoveranstaltung im November, 2 Wochen nach Baubeginn, brachte leider auch keine Besserung, da es an Informationen mangelte. Durch unsere Intervention folgte im Januar eine zweite Veranstaltung, diesmal in Anwesenheit von Oberbürgermeister, Verwaltungsspitze und dem Träger der Unterkunft, sodass endlich auch Fragen beantwortet und die Bürger:innen mitgenommen werden konnten. Stefan Wollenberg, Norbert Müller und ich nahmen für DIE LINKE an der Veranstaltung teil und freuten uns, dass auch mehrere Vereine fragten, wie denn die Integrationsarbeit vor Ort konkret gestaltet werden kann, um die Menschen vor Ort willkommen zu heißen. Wir freuen uns, dass Fahrland nun vor Ort seine Willkommenskultur zeigen kann und hoffen, dass die Stadt ihre Unterstützungszusagen einhält. Die Bürger*innen müssen mitgenommen werden, auch in ihren berechtigten Sorgen um ausreichend Kita- und Schulplätze oder Busverbindungen in die Innenstadt. Selbiges gilt auch für die auf einen Antrag von uns zurückgehende Planung von etwa 40 Sozialwohnungen (im Erstbezug für Flüchtlinge) in Fahrland in 2024, für die jedoch zunächst die bisherigen Garagennutzer entsprechend entschädigt und mitgenommen gehören.

Tina Lange

Buchempfehlung

„BER – das Lehrstück vom Flug- und Fluchhafen"



Ihre erste (1994), ihre letzte (2019) und dazwischen Dutzende weitere Reden im Landtag Brandenburg hat Anita Tack zur unendlichen Geschichte des Baus des Flughafens (1991-2020) in Schönefeld gehalten, und nun hat sie Bilanz gezogen. „BER. Das Lehrstück vom Flug- und Fluchhafen" heißt ihr Buch, und ein Lehrstück ist es tatsächlich: Von politischer Großmannssucht, Imponiergehabe, Sich-in-die-Taschen-Lügen, bedenkenloser Steuergeldverschwendung – und ein Lehrstück auch davon, wie die fachlich und politisch bestens begründeten Einwände und Vorschläge der linken Opposition im Landtag immer und immer wieder einfach vom Tisch gewischt wurden. Resolut. Aus Prinzip – wie sich anhand der abgedruckten Reden und ihrer Einbettung in die Entscheidungsabläufe trefflich nachverfolgen lässt.

Anita Tack, Stadt- und Regionalplanerin von Beruf, Verkehrsexpertin durch Praxis und Weiterbildung, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz a. D., legt Rechenschaft ab. Über 25 Jahre Arbeit im Parlament, in der Brandenburger LINKEN und „auf der Straße", also: mit den vielen Bürgerinitiativen rund um den BER. Es gibt nicht viele Bücher dieser Art.

Anita Tack: BER. Das Lehrstück vom Flug- und Fluchhafen, Verlag: WeltTrends, Potsdam 2022, 242 S., 18,60 €, ISBN 978-3-949887-13-0

„Kosmoskantine“ geht weiter

Ende März 2022 begann das Projekt „Kosmoskantine“ im Rechenzentrum. Seitdem kocht an vielen Freitagen ein Team um Ukrainerin Angela Rota (FOTO) ein deftiges vegetarisches Mittagsessen, das auf Spendenbasis ausgegeben wird - und mit dem so Spenden für die Ukrainehilfe gesammelt werden. Nach einer Pause seit Oktober, in der die Köchin und Masseurin ihren Wohnort nahe Odessa und Familie in Moldawien besuchte, startete der Mittagstisch ab Mitte Januar neu. “In der Kosmoskantine konnten im Jahr 2022 über 2.000 Euro Spenden für zivile Hilfe in der Ukraine gesammelt werden. Mit dem Geld konnten Waisen- und Kinderheime dringend Benötigtes kaufen”, berichtet Anja Engel, Kulturmanagerin und Mitarbeiterin.



„Mit dem nun wieder gestarteten Mittagstisch möchten wir weiter zur Vernetzung von Ukrainier:innen untereinander sowie mit Potsdamer:innen beitragen, einen Raum der Eigenaktivität schaffen und weiter Spenden für die Ukrainehilfe sammeln“, sagt Anja Engel.

Der Mittagstisch auf Spendenbasis kann jeweils am Freitag von 12 bis 13.30 Uhr besucht werden. Die Mindestspende beträgt fünf Euro.

Wer das Projekt mit Spenden, durch Mithilfe beim Auf- und Abbau oder Einkauf unterstützen möchte, melde sich vor Ort oder per Mail an [post@rz-potsdam.de].

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

Augen auf im Winter



In Potsdam haben fast 800 Menschen keine Wohnung, laut offiziellen Zahlen leben rund 110 Menschen auf der Straße. Darauf weist der AWO Bezirksverband Potsdam e.V. noch einmal hin. Mittlerweile ist es sowohl am Tag als auch in der Nacht frostig. Der Verband ruft dazu auf, mit offenen Augen durch Potsdam zu gehen. Menschen in Not hilft ein warmer Tee oder warmes Essen oder auch anderweitige Unterstützung, bspw. unter der Rufnummer 0331/73041770.

Gedenken am Willi-Frohwein-Platz



Gedenken, heißt erinnern, heißt erkennen, heißt Lehren ziehen, heißt wachsam bleiben. Am 27. Januar gedachten u.a. unsere Stadtverordneten Isabelle Vandre und Sascha Krämer der Befreiung von Auschwitz und den Millionen Opfern des Faschismus.

Zeitzeugenreihe zeigt erneut „DDR - lebendige Geschichte“

Die Geschichte eines Potsdamer Kindergartens ist ein besonders anschauliches Beispiel dafür, was Ostdeutsche nach dem Zweiten Weltkrieg in der DDR aufbauten. Es erklärt auch die Enttäuschung darüber, wenn ihre Lebensleistung nicht anerkannt, sondern schlechtgeredet und -gemacht wird. Das Buch „DDR – lebendige Geschichte“ schwimmt gegen den Strom. Es ist der 15. Band einer Reihe, für die eine unabhängige Autorengemeinschaft verantwortlich zeichnet und für die schon mehr als 600 Zeitzeug:innen Beiträge geliefert haben. Bei dem einen oder anderen Text im jüngsten Band könnte die Frage aufkommen, ob die Verhältnisse in der DDR nicht vielleicht in einem zu rosigen Licht gezeichnet werden. Insgesamt ist der Band aber keineswegs frei von kritischen Betrachtungen und bemüht um eine realistische Darstellung.

Horst Jäkel: „DDR – lebendige Geschichte“, Verlag: medienPUNKT-potsdam Potsdam 2022, 301 S., 17,50 €. ISBN 978-3-00-073486-1



++Termine ++ Termine++

09.02. 18:30 Uhr,
Gedenken an den Todesmarsch aus dem KZ Lieberose, Friedhof Drewitz

10.02. ab 19 Uhr,
Roter Stammtisch, Nowawes

15.02. 19:30 Uhr,
Tipp: Berufsverbote 2.0 in Brandenburg, Szenische Lesung und Diskussion mit Dr. Helmuth Markov; Buchladen Sputnik, Charlottenstr. 28

22.02. 18:30 Uhr
Linker Frauenstammtisch, 18:30 Uhr, rotbloq, Zeppelinstr. 7

22.02. 18 Uhr
Tipp: „Ein Krieg, der keiner sein

Termine ++ Termine ++

sollte. Russlands Überfall auf die Ukraine aus Sicht unmittelbarer Nachbarn“, Buchvorstellung mit Dr. Holger Politt, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53

02.03.
Start der Brandenburgischen Frauenwochen; mehr Informationen unter: frauenpolitischer-rat.de

05.03. 11 Uhr
Rathausreport LIVE: Unsere Abgeordneten berichten über das aktuelle Geschehen in der Stadtverordnetenversammlung, rotbloq, Zeppelinstr. 7